



Der Heilige Stuhl

ANSPRACHE VON JOHANNES PAUL II. AN DEN NEUEN BOTSCHAFTER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*

Samstag, 18. Oktober 1997

Sehr geehrter Herr Botschafter!

1. Mit besonderer Freude empfangen Sie heute im Vatikan anlässlich Ihres Amtsantritts als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl. Wie schon Ihre geschätzten Vorgänger heiße ich Sie herzlich willkommen und beglückwünsche Sie zu ihrer neuen ehrenvollen Aufgabe.

2. Sie haben Ihr Grußwort, für das ich aufrichtig danke, mit dem Versprechen eingeleitet, auch in Zukunft an der Pflege und Entwicklung der ausgezeichneten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Bundesrepublik Deutschland mitwirken zu wollen. Dabei haben Sie an den Besuch erinnert, den ich Ihrem geliebten Heimatland im vergangenen Jahr abstatten durfte, und besonders meinen gemeinsamen Gang mit dem Herrn Bundeskanzler durch das Brandenburger Tor erwähnt. Wie das geöffnete Tor ein Symbol für die Überwindung der erzwungenen Spaltung in politische Blöcke darstellt, so war auch das gemeinsame Überschreiten der einst trennenden Schwelle ein beredtes Zeichen. Denn der Gang durch das »Tor der Einheit« zeigte die wiedererlangte Freiheit an, deutete aber gleichzeitig auch darauf hin, daß viele Probleme, die sich heute gerade durch die Freiheit stellen, nur von Partnern miteinander gelöst werden können. Was für das Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und der Bundesrepublik Deutschland gilt, trifft auch für die Beziehung zwischen Staat und Kirche in Ihrem Land zu. Beide sind Bundesgenossen, wenn es darum geht, einer pluralistischen und säkularisierten Gesellschaft eine Seele zu geben. Freiheit und Einheit bedingen einander. Einheit ohne Freiheit wird Zwang, aber Freiheit ohne Einheit droht das Chaos. Während ich damals am Brandenburger Tor den Begriff der »Freiheit« in den Mittelpunkt meiner Gedanken stellte, möchte ich heute die »Einheit« zum Zentrum meiner Überlegungen machen.

3. Als im Herbst 1989 die Mauer zu bröckeln begann und schließlich in einer gewaltlosen Revolution eingerissen wurde, folgten zügig die nötigen Schritte, um Ost und West wieder zusammenzuführen: die gemeinsame Währung, die politische Wiedervereinigung und die wirtschaftliche Einheit. Obwohl auf diesen Gebieten viel geschehen ist, bleibt die innere Einheit noch ein Traum. Die einen sind noch immer hüben, die anderen drüben. Zwar können die Menschen aus Ost und West ungehindert zusammenkommen, aber mit dem Fall der äußeren Mauer sind längst nicht alle inneren Mauern abgetragen.

Als die Väter des Grundgesetzes vor gut einem halben Jahrhundert daran gingen, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs das neue Haus des Gemeinwesens aufzubauen, trafen sie die Entscheidung, daß sich das deutsche Volk eine Verfassung »im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen« geben sollte. Dieser Passus aus der Präambel des Grundgesetzes ist auch heute die *Magna Charta* derer, die der deutschen Einheit eine Seele einpflanzen wollen. Denn zu den Tragödien dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts zählt die schmerzliche Erfahrung, daß der Angriff auf den Menschen auch einen Angriff auf Gott und auf das Gewissen darstellte. Wenn auch vielen Zeitgenossen die Unmittelbarkeit dieser Erfahrung fehlt, so ist sie dennoch das bleibend gültige Vermächtnis der Generation vieler Eltern und Großeltern, die auf den Trümmern des Zusammenbruchs eine gesellschaftliche Ordnung aufbauten, in der politisches Handeln selbstverständlich unter der Prämisse des Respektes vor Gott und den Menschen stand. Daraus haben sich die noch heute gültigen Grundlagen herausgebildet, die das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche auszeichnet, das getragen ist vom wechselseitigen Respekt vor der Selbständigkeit beider Partner und ihrem je eigenen Auftrag sowie vom Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung für Gesellschaft und Kultur. Jüngst wurden die Rahmenbedingungen künftiger Zusammenarbeit auch in einigen neuen Bundesländern durch die Verträge geschaffen, die der Heilige Stuhl abgeschlossen hat.

4. Mit großer Freude und tiefer Dankbarkeit hebe ich hervor, wie sensibel und hochherzig diese gemeinsame Verantwortung auf gesellschaftlichem Gebiet wahrgenommen wird. Wo immer Krisenherde brennen, in Deutschland bleiben die Augen nicht verschlossen.. Wann immer Hilfeschreie aus nah und fern zu vernehmen sind, bei den Bürgern. Ihres Landes stoßen sie auf wache Ohren. Die Not anderer öffnet Herzen und Hände Ihrer Mitbürger. Die Rede von der Unterstützung materieller, finanzieller und moralischer Art ist kein bloßes Versprechen. Von Deutschland bekommt das Wort »Hilfe« Hand und Fuß. Diese Solidaritätsgemeinschaft verbindet nicht nur die alten und die neuen Bundesländer, sie überspringt auch die deutschen Grenzen, weitet sich über den europäischen Kontinent: hinaus und umarmt gleichsam den ganzen Globus der »Einen Welt«, über alle sprachlichen, religiösen und nationalen Grenzen hinweg.

5. Was auf die Verantwortung im Großen zutrifft, sollte sich auch im Kleinen zeigen. Wer von der Globalisierung der Erde redet, darf die Würde des einzelnen nicht verschweigen. Denn nicht nur die Welt ist eine Einheit, sondern auch der Mensch in allen Phasen seines Lebens. Gerade hier ist sowohl von den Politikern als auch von der Kirche besondere Aufmerksamkeit gefragt, um nicht

dem Schein einer falsch verstandenen Humanität zu erliegen und neue Formen von Anschlägen auf die Würde des Menschen zuzulassen, die von der Verfestigung einer kulturellen Situation zeugen, die den Handlungen gegen das Leben einen bisher unbekanntem Aspekt verleiht: Breite Schichten der öffentlichen Meinung rechtfertigen nämlich manche Verbrechen gegen das Leben im Namen der Rechte der individuellen Freiheit und beanspruchen unter diesem Vorwand nicht nur Straffreiheit für derartige Verbrechen, sondern sogar die Genehmigung des Staates, sie in absoluter Freiheit und unter kostenloser Beteiligung des staatlichen Gesundheitswesens durchzuführen. Ein Beispiel dieses tiefgreifenden Wandels in der Betrachtungsweise des Lebens stellen in der Bundesrepublik Deutschland sowohl die gegenwärtige Rechtspraxis der Abtreibung als auch die sich anbahnende Diskussion um das menschenwürdige Sterben dar. Das Ergebnis ist dramatisch: »So schwerwiegend und beunruhigend das Phänomen der Beseitigung so vieler menschlicher Leben vor der Geburt oder auf dem Weg zum Tod auch sein mag, so ist die Tatsache nicht weniger schwerwiegend und beunruhigend, daß selbst das Gewissen ... immer Träger darin wird, die Unterscheidung zwischen Gut und Böse wahrzunehmen im Hinblick auf den fundamentalen Wert des menschlichen Lebens« (Enzyklika *Evangelium vitae*, 4). Gott, das Gewissen und die Freiheit des Menschen lassen sich nicht voneinander trennen. Hier sind Staat und Kirche Verbündete, um auch die innere Einheit Deutschlands auf ein festes Fundament zu stellen, Denn wer sich am Menschen vergreift, vergreift sich an Gott. Wer sich an Gott vergreift, vergreift sich am Menschen. Welch schreckliche, blutige Mauer muß hier noch im eigenen Haus eingerissen werden, damit auch den Schwächsten, den ungeborenen Kindern, ihr Recht auf Leben zuerkannt wird!

6. Einem einheitlichen tragfähigen Fundament der Gesellschaft dient auch der Religionsunterricht, Wenngleich sich der Staat wertneutral verhält, ist er doch nicht wertfrei. An der Wiege der Bundesrepublik Deutschland stand die Option für den christlichen Gott. Die Wiedervereinigung ist kein Anlaß, diese Grundentscheidung auseinanderzuidividieren. Deshalb gehört die Garantie des konfessionellen Religionsunterrichts an den Schulen zu den Pflichtaufgaben des staatlichen Bildungsauftrags. Er ist Ausdruck der positiven Religionsfreiheit im demokratischen Staat. Gleichzeitig weist er darauf hin, daß die Kirchen ihrer Botschaft in der Gesellschaft etwas zutrauen und nicht gewillt sind, sich in die Nischen einer religiös-kirchlichen Sonderwelt zurückzuziehen. »Die Freiheit zu glauben« und »Das Recht zu wissen« lauten deshalb die Kernsätze, mit denen die Deutsche Bischofskonferenz bundesweit für den schulischen Religionsunterricht wirbt und dabei ihr Anliegen in einer Zeit ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit zu rücken versucht, in der auf politischer ebenso wie auf juristischer Ebene um die mögliche Einführung eines nicht kirchlich gebundenen religiösethischen Pflichtfachs gerungen wird. In diesem Zusammenhang erneuere ich den dringenden Wunsch, daß es allen katholischen Schülern, entsprechend dem klaren Rechtsanspruch der menschlichen Person wie dem der Familie, an der Schule ermöglicht werde, »in ihrer geistlichen Bildung unter Mithilfe einer religiösen Unterweisung voranzuschreiten, die von der Kirche abhängt« (Apostolisches Schreiben *Catechesi tradendae*, 69).

7. Mit Freude nehme ich zur Kenntnis, daß nicht nur beim Thema Religionsunterricht, sondern

auch zu anderen brennenden Fragen gemeinsame Erklärungen der christlichen Konfessionen in Deutschland zustandekamen, denen bisweilen bereits konkrete Taten folgten. Neben der schon wiederholt veranstalteten »Woche für das Leben« mit, dem Ziel, die Gewissen für die »Kultur des Lebens« zu schärfen, fanden besonders das Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, die Erklärung zur Medienethik und die Stellungnahme zur Migrations- und Ausländerpolitik Beachtung und Anerkennung. Diese Initiativen deuten darauf hin, daß die Ökumene nicht tot ist, sondern gerade dort lebt, wo sich Christen unterschiedlicher Kirchen ihrer gemeinsamen Sendung bewußt werden, an einer tragfähigen Einheit der Gesellschaft mitzubauen.

8. Dieser Sendung der Christen kommt umso mehr Gewicht zu, je rascher es dem geeinten Europa entgegengeht. Die Probleme der deutschen Einheit stellen sich neu, wenn um Antworten auf die Frage nach der Einheit Europas gerungen wird. Der Heilige Stuhl drängt keinem Menschen noch dem Staat noch der europäischen Völkerfamilie eine christliche Glaubenswahrheit auf. Aber er wird nicht nachlassen, darauf hinzuweisen, daß aller materieller und wirtschaftlicher Fortschritt - so erstrebenswert sie sind - nicht an Gottes Stelle gerückt werden dürfen. Bei dieser Wahrheit steht nichts ausschließlich Christliches auf dem Spiel, vielmehr geht es um spezifisch Menschliches. Es geht um das *Humanum*, die Menschlichkeit des Menschen. Darum betrifft sie alle Menschen, gleich welcher Religionsgemeinschaft sie angehören, und sie ist gültig für alle Völker. Die Kirche hat daher auch die erhöhte Pflicht, diese Wahrheit in das geplante europäische Haus einzubringen. Sonst ist es auf Sand gebaut. Daher wird jede politische Kraft in der Kirche einen treuen und zuverlässigen Partner finden, wenn sie bereit ist, Europa auf einen stabilen Felsen zu bauen, damit wir uns und die nachfolgenden Generationen sich in dem Haus, das die europäische Völkerfamilie beherbergen soll, sicher und geborgen fühlen können, frei von aller Angst, einmal unter seinen Trümmern begraben zu werden.

9. Sehr geehrter Herr Botschafter!

In der gemeinsamen Verantwortung im Dienst an der Einheit, der nach Wiedererlangung der Freiheit der Auftrag von Staat und Kirche ist, verleihe ich meiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Heiligen Stuhl weiter harmonisch entwickeln. Indem ich Sie bitte, die mir von ihnen übermittelten Grüße des Herrn Bundespräsidenten und der Bundesregierung zu erwidern, erteile ich Ihnen, Herr Botschafter, Ihrer werten Familie und Ihren geschätzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Botschaft von Herzen den Apostolischen Segen.

**Insegnamenti di Giovanni Paolo II*, vol. XX, 2 p. 587-592.

Copyright © Dicastero per la Comunicazione - Libreria Editrice Vaticana